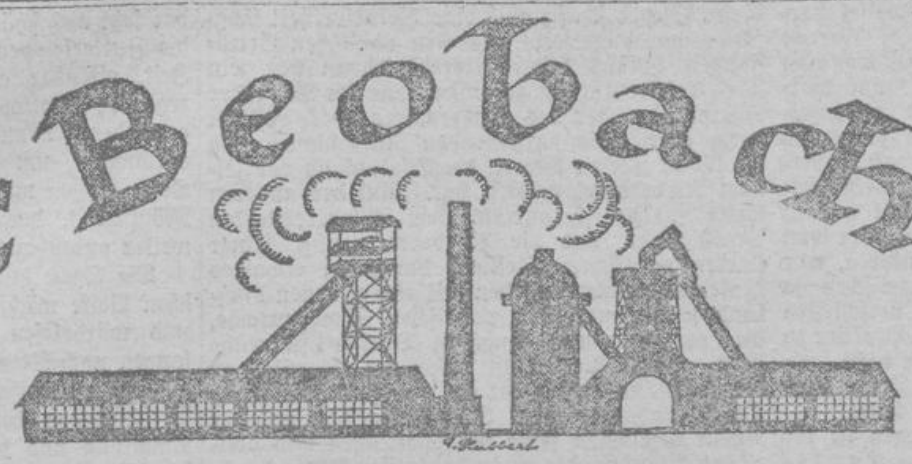
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.	Samstag, 25. September 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	39. Folge

Inhalt der Nummer:

Dr. Stresemann über Simons, Genf und die auswärtige Politik.
Der Versuch, die Preußenwahl zu verschleppen.
Unhaltbar. Von Justizrat Schink.
Das franko-belgische Abkommen.
Presse und auswärtige Politik.
Der Kampf um Dr. Löwenstein.
Geminderte Arbeitsleistung.
Die lebenswichtigen Betriebe des Ruhrkohlenbezirkes und die Kohlennot.
Zur politischen Schulung nationaler Männer und Frauen.
Aus Zeit und Welt.
Aus der Partei.

Dr. Stresemann über Simons, Genf und die auswärtige Politik.

In der Politischen Umschau im letzten Heft der „Deutschen Stimmen" (Staatspolitischer Verlag, Berlin SW. 48), äußert sich Abgeordneter Dr. Stresemann über die auswärtige Politik. Wir geben diese Ausführungen, die im Hinblick auf die Genfer Konferenz besonders wichtig sind, im folgenden wieder:

Gewiß hat sich der Außenminister in der öffentlichen Meinung sehr geschadet durch seine Lobpreisung der außerordentlichen Taten der bolschewistischen Regierung und durch das unglückliche Interview, das die Baseler Nationalzeitung veröffentlichte und das, wie sich herausstellte, in fast allen Einzelheiten unrichtig war. Die Wertung der Persönlichkeit des Außenministers darf aber nicht hiervon abhängig sein. Es kommt darauf an, ob die Grundlinien seiner Politik selbst richtig sind. Man scheint in einzelnen Kreisen den Außenminister als einen pazifistischen Demokraten anzusehen, der zudem mit dem Bolschewismus und dem Sozialismus liebäugele. Nun paßt der Außenminister überhaupt nicht in das Format irgend einer Partei hinein. Man kann nur aus seiner politischen Entwicklung selbst auf seine Gesinnung Schlüsse ziehen, und in dieser Beziehung muß daran erinnert werden, daß der Kampf um den Versailler Frieden sich doch zwischen Simons und Brockdorff-Rantzau auf der einen Seite und Erzberger auf der anderen Seite abgespielt hat. Weder Simons noch Brockdorff-Rantzau waren gewillt, sich den französischen Friedensbedingungen zu beugen. Simons ist in Konsequenz seiner Handlungsweise aus dem Reichsdienst ausgeschieden und hat eine ihm nach seinem Ausscheiden angebotene Gesandtenstelle, deren Erreichung er früher einmal als den Traum seines Lebens bezeichnet haben soll, mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß er nicht die Absicht habe, aus der Hand einer Regierung, die den Versailler Frieden angenommen habe, diese Stellung entgegenzunehmen. Heute steht er vor dem Faktum, die durch diesen Frieden hervorgerufene politische Ohnmacht Deutschlands als eine Tatsache in seine Politik einbeziehen zu müssen und damit die Folgen für eine Handlungsweise zu tragen, der er selbst einst mit allen Kräften widerstrebt hat. Falsch aber ist es, aus diesen Tatsachen, die er vorgefunden hat, Schlüsse auf seine Gesinnung zu ziehen, die so deutlich in Versailles von ihm selbst dokumentiert worden ist.

Eine weitere Außerlichkeit, die in unserer leicht erregbaren Zeit zur Bildung manches absprechenden Urteils die Grundlage abgegeben, war die Schweizer Reise des Ministers in der Zeit großer politischer Spannungen. Dieser Vorwurf ist besonders töricht. Selbst wenn diese Reise eine Erholungsreise gewesen wäre, war sie berechtigt. Es gibt viele Beamte und Offiziere, die sich dessen rühmen, daß sie während des Weltkrieges überhaupt keinen oder nur einen Urlaub von wenigen Tagen genommen hätten. Mich dünkt, daß manches Unheil in der Kriegszeit vermieden worden wäre, wenn die Träger hoher Verantwortung nicht in einen Zustand nervöser Arbeitsüberreizung hineingekommen wären; England, das von allen Staaten der Welt die beste Politik treibt, hat die Abwechselung zwischen beruflicher Arbeit und einem Ausruhen des Körpers und Geistes stets als Tradition bewahrt und damit ein Geschlecht von Diplomaten herangezogen, das bis zur Gegenwart in seiner kühlen Beurteilung aller Dinge als Vorbild dienen kann. Auch für die Außenpolitik gilt das Faustwort: „Auch nicht in Gefahren mag ich sinnlos Ungestüm . . ." Sinnloses Ungestüm ist es aber, in politisch erregten Zeiten die Lösung wichtiger Probleme dadurch zu erwarten, daß der Außenminister nach Berlin eilt, zumal man bei der Art, in der heute das Reichskabinett arbeitet, und in der Art, in der Minister sich verpflichtet fühlen, in Dutzenden von täglichen Unterredungen und Konferenzen Rede und Antwort zu stehen, beinahe den Satz aufstellen könnte, daß es in wichtigen Momenten notwendig wäre, daß die Minister sich von der Reichshauptstadt entfernten, um in wirklicher Ruhe und Ungedrängtheit die politische Lage beraten zu können. Im übrigen sollten diejenigen, die nur von der Urlaubsreise des Ministers Simons sprechen, sich einmal die Frage vorlegen, ob sie wissen, daß diese Reise nur eine Urlaubsreise gewesen ist, und ob es auch nicht in unserer heutigen Welt der Öffentlichkeit noch Dinge zwischen Himmel und Erde gibt, von denen die Presse nichts oder Unzutreffendes berichtet. Die Art und Weise, alle Geschehnisse nur durch den Spiegel einer oft sensationellen Tagespresse zu sehen und sich daraus ein Bild der Geschehnisse zu machen, droht überhaupt zu einer politischen Nervosität und zu einer Oberflächlichkeit der Betrachtungsweise zu führen, die einer wirklichen politischen Arbeit nur abträglich sein kann.

Inzwischen ist die außenpolitische Situation durch das Vordringen der Polen und durch die Vorgänge in Oberschlesien in ein neues Stadium getreten. Hier setzt die Kritik ein, indem sie der Regierung Untätigkeit in der oberschlesischen Frage und eine zu weitgehende Nachgiebigkeit in den Breslauer Sühneforderungen vorwirft. Der erste Vorwurf scheint mir einen Kern der Berechtigung in sich zu tragen, der zweiten vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Das Wichtigste sind die Vorgänge in Oberschlesien selbst, nicht ihr Reflex in der schlesischen Hauptstadt. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß die Regierung über die polnischen Bestrebungen in Oberschlesien und über die Art des polnischen Losschlagens unterrichtet gewesen ist. Wenn das zutrifft, hat sie ein schweres Verschulden dadurch auf sich geladen, daß sie nicht rechtzeitig in voller Öffentlichkeit auf diese Absichten Polens hingewiesen und damit die Position verstärkt hat, die sie später gebrauchte, um gegen die dadurch geschaffenen Verhältnisse vorgehen zu können. Es wäre auch notwendig gewesen, daß Vertreter der Reichsregierung sich nach diesen Vorkommnissen nach Breslau begeben und an Ort und Stelle mit den Flüchtlingen verhandelt, von ihnen einen persönlichen Eindruck über die Vorgänge erhalten und das Deutschtum durch eine Demonstration in der schlesischen Hauptstadt mindestens moralisch in der tatkräftigsten Weise gestärkt hätten, wenn sie schon durch die Bedingungen des Versailler Friedens nicht in die Lage waren, mehr als diese moralische Hilfe zu leisten. Wäre auf diese Weise ein Konnex zwischen der Regierung und Oberschlesien geschaffen worden, dann brauchte man sich später nicht darüber zu beklagen, daß die Parteiführer mit Korfanty ein Abkommen schlössen, das dem Deutschtum nach Ansicht der Regierung zum Schaden gereichte.

Durch eine verständige Einwirkung in der schlesischen Hauptstadt würde dann auch wohl vermieden werden, daß jene Ausschreitungen vor sich gingen, die zu den Sühneforderungen Frankreichs führten und die Regierung in eine unendlich

peinliche Lage versetzten, weil kein Zweifel darüber sein konnte, daß wir formal im Unrecht waren und eine Genugtuung schuldeten, was von allen Parteien des Reichstages anerkannt worden ist. Daß diese Sühneforderungen im einzelnen die törichste Politik darstellten, die Frankreich üben kann, unterliegt keinem Zweifel; daß die Regierung die geforderte Erklärung des Reichskanzlers ablehnte und sich ebenso nicht darauf einließ, den Hauptmann v. Arnim in der von Frankreich erwähnten Art zu disziplinieren, war zu billigen. Die Regierung hat inzwischen ja nichts unversucht gelassen, um für Oberschlesien innerhalb ihrer so eng begrenzten Machtsphäre zu wirken, aber sie wird sich selbst davon nicht freisprechen können, daß man in dieser Frage eine schnellere Initiative von ihr erwartet hatte.

Weit wichtiger als alle diese Fragen ist die Vorbereitung der Genfer Konferenz. Die vorzüglichen Aufsätze, die unser Parteifreund Geheimrat Rose in der N. L. C. veröffentlicht hat, zeigen die Vielseitigkeit des Problems und lassen erkennen, wieviel hier für die deutsche Politik auf dem Spiel steht. Man wird erwarten dürfen, daß die Vorbereitungen für diese Verhandlungen in Genf mit aller Gründlichkeit und Sachkunde geführt werden, und man darf in dieser Beziehung, was das Ressort des Wirtschaftsministeriums betrifft, volles Vertrauen zu seinem Leiter besitzen. Auch wird man billigen können, daß, wie verlautet, die Sachverständigen vom Reichswirtschaftsrat benannt werden sollen. Hier sind die großen Produktivstände vereinigt, hier werden aus diesem Gremium wirkliche Führer des gewerblichen Lebens entsandt werden, und man wird vom Reichswirtschaftsrat erwarten dürfen, daß nicht jene einseitige Zusammensetzung stattfindet, die in Spa mit Recht kritisiert worden ist.

Im übrigen wird das Ergebnis von Genf nicht nur von der Sorgfältigkeit der getroffenen Vorbereitungen, sondern vor allem von der außenpolitischen Atmosphäre abhängig sein, die bei Eintritt der Genfer Verhandlungen vorherrscht. Über diese gegenwärtige außenpolitische Lage zu sprechen, ist unendlich schwer, weil man darauf gefaßt sein muß, daß die Tatsachen das Urteil in Kürze umstoßen. Welche Wirkungen auf die außenpolitische Situation hat nicht der Vormarsch der Bolschewisten bis Warschau ausgelöst? Wie sehr änderte sich das Gesamtbild, als die russischen Massen zurückflateten! Man braucht nur an die Schärfe des Tons zwischen London und Paris zu denken, als die französische Regierung die Wrangel-Regierung in der Krim anerkannte, und damit das Ergebnis von Luzern zu vergleichen, das einen deutlichen Rückzug der englisch-italienischen Politik darstellt. Die Tatsachen hatten eben für die polnisch-französische Auffassung entschieden, und das wirkte auf die Gesamtlage zurück. Auch heute noch regiert Mars die Stunde und das Steigen und Fallen der Wellen des imperialistischen Bolschewismus, der siegen muß, um zu bestehen, wird auch für das außenpolitische Barometer maßgebend sein. Seien wir uns nur über das eine sicher: von Frankreich ist keine, auch nur die mindeste Abänderung des Vertrages von Versailles zu erwarten, und wer seine Politik auf eine französisch-deutsche Verständigung nach dieser Richtung einstellt, baut auf Flugsand. Die konsequent fortgesetzten Bemühungen der „Vossischen Zeitung", die Atmosphäre für eine französisch-deutsche Verständigung zu schaffen, scheitern an den Tatsachen des Verhaltens Frankreichs in Oberschlesien, im Saargebiet und in den besetzten Gebieten. Es hat keinen Sinn, für eine Kontinental-Politik dann einzutreten, wenn die stärkste Macht des Kontinents — und das ist heute Frankreich — glaubt, die Politik so führen zu können, daß man dem nationalen Empfinden Deutschlands mit Stiefelabsätzen ins Gesicht tritt. Abgesehen von der Würdelosigkeit, die in einem derartigen Nachlaufen liegen würde, widerspricht eine solche Politik vor allen Dingen allen realpolitischen Erwägungen. Die englische Politik ist gewiß gegenüber Deutschland vernichtend in bezug auf unsere weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage gewesen. Unsere Kriegsflotte ist dahin. Unsere Handelsflotte kann kaum noch Küstenschiffahrt mit eigenen Schiffen betreiben. Unsere ausländischen Vermögen sind beschlagnahmt, unsere Kolonien verloren. Aber gerade die Größe dieses Sieges schafft auch eine Saturiertheit Englands, das anderseits aus rein englischen Erwägungen heraus kein Interesse daran hat, ein Frankreich entstehen zu lassen, das im Besitz der Rheinlande oder des Ruhrreviers oder, gestärkt durch einen neu entstehenden Rheinbund, etwa die Rolle spielen könnte, die Deutschland vor seinem Niederbruch gespielt hat. Auf der anderen Seite fürchtet Frankreich das Wiedererstarken Deutschlands und die Wiedererringung seiner starken politischen Stellung durch ein etwaiges künftiges Zusammengehen mit einem neuen Rußland sowie durch den politischen Machtzuwachs, die es in einem Anschluß Deutsch-Österreichs sieht. Seine Politik ist daher im Gegensatz zu der englischen konsequent auf die Zertrümmerung Deutschlands gerichtet. Das Ruhrgebiet und der Rhein bezeichnen seine wirtschaftlichen und politischen Wünsche, die es in brutalster Weise durchzusetzen versucht. An diesen Tatsachen kann niemand bei Beurteilung unseres Verhältnisses zu England und Frankreich gegenwärtig vorübergehen. Die Tatsache, daß Frankreich und Deutschland wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, und daß die Not beider Länder ein Zusammengehen erheischte, bleibt dabei durchaus richtig und wird von Führern der deutschen Wirtschaft durchaus anerkannt, aber es fehlt die Erkenntnis für die Politik, die demgemäß getrieben werden müßte auf der anderen Seite.

Äußerst falsch wäre es aber auch, aus der Tatsache des einen Buchs von Keynes etwa annehmen zu können, daß die von ihm vertretene Auffassung Gemeingut der englischen Öffentlichkeit wäre. Es ließen sich unzählige Beispiele dafür anführen, in welchen Formen kalter Zurückweisung jedes Verkehrs mit Deutschen sich auch in England der Deutschenhaß geltend macht. Auch die Politik von Lloyd George selbst war durchaus nicht etwa auf eine Verständigung mit Deutschland eingestellt. Weit größer aber als in Frankreich sind die englischen Stimmen, die, ohne noch in der Öffentlichkeit laut zu werden, überhaupt den Frieden von Versailles, die Schaffung des polnischen Korridors und die ganze Unterwerfung der englischen Politik unter die französische Rachepolitik verwerfen, weil sie für die nächsten Jahrzehnte eine starke Bedrohung der englischen Situation in Asien ersehen, wenn die beiden durch den Weltkrieg geknebelten Länder Rußland und Deutschland durch diese Politik sich geradezu in die Arme getrieben werden. Man wird annehmen können, daß einmal im Laufe der Entwicklungen auch die Folgerungen aus dieser Erkenntnis gezogen werden. Wieweit die aufdämmernde Erkenntnis, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch leben muß, um nicht ganz Europa und darüber hinaus die Weltwirtschaft und die Weltpolitik dauernd zu beunruhigen, sich in Genf geltend machen wird, ist aber gar nicht abzusehen. Man wird zufrieden sein müssen, wenn wenigstens in Genf durch wirkliche Sachverständige sachlich verhandelt und nicht die Frage wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in der Form der üblichen Einmarschdrohungen zu erledigen versucht werden wird.

Der Versuch, die Preußenwahl zu verschleppen.

Die Bemühungen, die Neuwahlen zur Preußischen Landesversammlung bis ins nächste Jahr zu verschleppen, nehmen feste Gestalt an. Eine Berliner Korrespondenz hat, selbstverständlich auf Bestellung der Interessenten, die Nachricht ausgestreut, die Mehrheitsparteien wollten den Vorschlag machen, „die Arbeiten nicht zu überhasten" und die Preußenwahlen nicht vor Februar nächsten Jahres auszuschreiben. Es handelt sich dabei natürlich um die preußischen Parteien, also um die alte Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Daß diese Parteien die Neuwahlen möglichst lange hinausschieben möchten, ist ja sehr begreiflich; der Ausfall der Reichstagswahlen vom 6. Juni hat besonders die Demokraten und auch die Mehrheitssozialdemokraten belehrt, wie sehr die Volksstimmung heute gegen sie ist. Und sie wissen, daß sich das jetzt noch schärfer zeigen wird als damals, denn die Futterkrippenwirtschaft ist gerade in letzter Zeit, offenbar aus Angst vor dem sich überall regenden Volksunwillen, immer hemmungsloser geworden. Man möchte die Galgenfrist tunlichst verlängern, um inzwischen durch Besetzung recht vieler Posten mit zuverlässigen Parteigenossen die Möglichkeit, das Wahlglück zu korrigieren, noch weiter auszubauen.

Die Sache hat aber zwei Seiten. Im preußischen Volke wächst, eben wegen dieser so häßlichen und würdelosen Futterkrippenpolitik, das Verlangen nach Neuwahlen fortgesetzt. Parteien, die sich aus unzweifelhaft eigennützigen Gründen des Verschleppens der Neubildung der Preußenversammlung und damit der preußischen Regierung schuldig machen, müssen auf eine gründliche Abrechnung der Wähler gefaßt sein. Man sucht deshalb der Sache das schöne Mäntelchen der Sorge für das Allgemeinwohl umzuhängen. Die Arbeiten sollen nicht überhastet werden! Bei dem Schneckentempo, mit dem die preußische Landesversammlung fortkrebst, der reine Hohn! Etwas mehr Dampf! wünscht man diesem hohen Hause in allen nationalen Kreisen, nachdem es in anderthalb Jahren nicht einmal die Verfassung unter Dach gebracht hat. Um aber den Anschein zu erwecken, als sei die Gefahr einer Überstürzung allgemein anerkannt, behauptet die im Dienste der Mehrheitspartei stehende Korrespondenz weiter, die Rechtsparteien seien unter bestimmten Voraussetzungen bereit, sich mit den Wahlen im Januar/Februar 1921 einverstanden zu erklären, wenn die Staatsregierung sich auf diesen Termin festlege. Diese Meldung stellt sich als ganz üble, in ihrer Quelle zweifellos wissentlich unwahre Mache dar. Von seiten der Rechtsparteien ist stets betont worden, daß man die Neuwahlen in Preußen spätestens im November verlange. Und es wird auch jetzt daran festgehalten, daß die Wahlen nicht weiter verschleppt werden. Jede andere Darstellung der Haltung der Rechtsparteien in dieser Frage muß mit aller Entschiedenheit als der böswillige Versuch der Irreleitung der öffentlichen Meinung zurückgewiesen werden.

Dies Manöver zur Täuschung der Wähler und zum Hineintragen von Verwirrung in die Reihen des Bürgertums ist aber überaus interessant. Und man ist berechtigt zu fragen, von welcher Seite es ausgehen mag. Die Sozialdemokraten in ihrer plumpen Parteibeschränktheit haben sich bisher kaum Mühe gegeben, ihren Standpunkt zu verhüllen, der da lautet: Halte fest, was du hast! Verankere die Macht, die du im Augenblick in der Hand hast, dauernd mit jedem Mittel, selbst mit dem der nacktesten Volksentrechtung. Sie haben daher auch kein Hehl daraus gemacht, daß sie für möglich lange Verzögerung der Neuwahlen sind, bei denen sie sicherlich eine erhebliche Anzahl Mandate einbüßen werden. Hingegen spielen die Demokraten wieder ihr bekanntes Doppelspiel. Es gibt ja kein im Volke auftauchendes Verlangen, dem die Demokraten in ihrer Presse und Agitation nicht sofort zustimmen, stets jedoch mit einem gewissen Vorbehalt. Und je nachdem die Entwicklung dann ihrem Parteivorteil entspricht, unterstreichen sie entweder die Zustimmung oder den Vorbehalt immer stärker. So hat auch in der Frage der Preußenwahlen die demokratische Presse auf Anweisung der amtlichen Parteikorrespondenz zunächst dem allgemein geäußerten Wunsche nach baldigen Wahlen möglichst Berücksichtigung zugesagt, aber nur, um dann um so wirksamer mit der Abwiegelungsarbeit einzusetzen. Daß sie von vornherein im Plane der Linken lag, verrät jetzt die Mitteilung der von den Mehrheitsparteien vorgeschickten Korrespondenz. Es wird nun Sache der preußischen Wählerschaft sein, zu zeigen, daß sie sich nicht von selbstsüchtigen Demagogen am Nasenringe führen läßt.

Unhaltbar.

Von Justizrat Schink, zweitem Vorsitzenden des Wahlkreisverbandes Frankfurt-O-Grenzmark der D. V. P.

Am 21. Dezember 1918 wurden die Wahlen zur „Verfassunggebenden" Preußischen Landesversammlung ausgeschrieben, am 26. Januar 1919 vollzogen. Am 5. März 1919 trat die Landesversammlung zusammen. Seit dieser Zeit sind über 1½ Jahre verflossen; die preußische neue Verfassung ist noch nicht verkündet. Im ganzen hat die Landesversammlung bis jetzt, einschließlich aller sogenannten Verwaltungsgesetze, nur 84 Gesetze beschlossen; sie bleibt damit weit hinter der Fruchtbarkeit der Nationalversammlung zurück, bei der man allerdings manchesmal eine Eindämmung der gesetzgeberischen Tätigkeit gewünscht hätte. Trotz ihrer hohen Diäten, welche sie sich bewilligte, hat die Landesversammlung immer nur mit sehr großen Zeitpausen getagt; sie hat nicht die Energie aufgebracht; den Zweck zu erfüllen, zu welchem sie berufen war. Kein Mensch kann zweifeln, daß, wenn sie einen ihrer hohen Besoldung entsprechenden Fleiß an den Tag gelegt hätte, es in dieser langen Zeit sehr wohl hätte möglich sein müssen, endlich die Landesverfassung festzustellen. Dagegen hat sie eine rührige Tätigkeit entfaltet bei der Abänderung der Finanzial-, Kreis- und Gemeindeverfassungen und bei der Neuschaffung der Groß-Berliner Gemeindeverfassung. Der leitende Gesichtspunkt aller dieser Gesetze ist nicht vom Interesse des Staates, sondern nur aus dem Interesse der in Preußen immer noch herrschenden Partei, der Mehrheitssozialisten zu verstehen; es bleibt eine ewige Schande, daß die ziemlich erhebliche Mehrheit der bürgerlichen Parteien in der Landesversammlung nicht die Kraft fand, diesen diktatorischen Parteigelüsten zu widerstehen, sondern sich ihnen unterzuordnen. Über diese Tätigkeit im Sinne des mehrheitssozialistischen Parteiinteresses wurde das gebieterische Staatsinteresse der Verfassungsnotwendigkeit leichten Herzens vernachlässigt.

Und als ob nichts geschehen wäre, als ob nicht am 6. Juni 1920 ein vernichtendes Verdikt der Wähler über die mehrheitssozialistische Partei niedergegangen wäre, setzt in Preußen die mehrheitssozialistische Regierung, — die bürgerlichen Minister sind nur dekorativer Aushang — ihr Treiben fort. Ihr Hauptbestreben liegt in der Besetzung der höheren Verwaltungsstellen mit Parteianhängern, die meistens keinen anderen Befähigungsnachweis mitbringen, als die Mitgliedskarte der Partei.

Mag auch formell die Preußische Regierung hierzu immer noch berechtigt sein, so ist es doch ein politisches Verbrechen, daß nicht längst die Auflösung der Landesversammlung erfolgte. Denn es ist ein politisch auf die Dauer unhaltbarer Zustand, daß im Reich eine bürgerliche Regierung, im mächtigsten Bundesstaat Preußen eine wesentliche sozialistische Regierung die Geschäfte führt. Die geschichtliche Entwicklung, die der sozialistischen Partei ja allerdings ein Dorn im Auge ist, läßt sich nicht ändern, daß Deutschland und Preußen so einig zusammengehören, daß sie, soll es beiden gut gehen, nur als Einheit betrachtet werden können. War es früher schon verfehlt, wie Versuche unter Bismarck und Caprivi bewiesen, diese Regierungseinheit zu spalten, so jetzt noch weit mehr. Und noch eins: Die Regierung in Preußen krankt an der inneren Unwahrhaftigkeit: sie entspricht nicht mehr dem Willen des Volkes, das längst anders entschieden hat. Wenn man die Mehrheitsverhältnisse der alten Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung zugrunde legt, wird man sagen müssen, daß, an der Statistik der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 gemessen, die neugewählte Landesversammlung eine noch größere bürgerliche Mehrheit aufweisen wird als der jetzige Reichstag.

Darum kann nur die Forderung lauten, die Wahlen zum Landtag sofort vorzunehmen. Die Bedenken, daß erst die Verfassung gegeben sein müsse, wiegt nicht schwer. Nach dem Gesetz vom 20. März 1919 zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt hat die jetzige Landesversammlung zwar die künftige Verfassung der Republik Preußen als eines Gliedstaates des Deutschen Reiches festzustellen. Durch ein einfaches Gesetz kann aber diese Bestimmung abgeändert und die Vornahme sofortiger Wahlen auf Grund eines Notgesetzes angeordnet werden. Es ist kein Zweifel, daß sich die nötige Mehrheit finden würde. Freilich, die eine Wirkung ist ganz unausbleiblich: mit demselben Augenblick, wo die sozialistische Regierung in Preußen entschwindet, würden die Mehrheitssozialisten des Reichstags in scharfe Oppositionsstellung übergehen; vielleicht würde auch in absehbarer Zeit die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien erfolgen.

Diese Folgen können aber nicht schrecken; sie würden zur Klärung beitragen. Nachdem die Sozialdemokratie ihre Regierungsunfähigkeit so glänzend dargetan hat, würde die naturgemäße Gegenfolge, die Sammlung aller bürgerlichen Parteien, nach Ausscheiden kleiner unbelehrbarer Splitter, die Möglichkeit bieten, nicht bloß in Preußen und in Bayern, sondern auch im Reiche eine auf ausreichender Tragfähigkeit gestützte bürgerliche starke Regierung zu bilden.

Im Volk wird jedenfalls der jetzige Zustand nicht verstanden; allgemein ist man der Ansicht, daß seit dem 6. Juni 1920 die Wandlung eingetreten ist, und alle Taten und Unterlassungen der Preußischen Regierung werden unbedenklich der Reichsregierung zur Last geschrieben. Das Volksempfinden entspringt dem Bewußtsein der Untrennbarkeit preußischer und deutscher Politik; es zeigt nur zu deutlich, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist.

Das franko-belgische Abkommen

Zwischen Frankreich und Belgien ist kürzlich, der Form nach nur zum Zweck der militärischen Verteidigung, ein Abkommen abgeschlossen worden. Auf den ersten Blick scheint sich dieser politische Akt ganz im Rahmen dessen vollzogen zu haben, was wir seit unserm Zusammenbruch zu erleben gewohnt sind. Belgien, in seiner verbissenen Rachestimmung, wirft sich, um jede menschenmögliche Sicherheit gegen eine Wiederholung der Ereignisse vom August 1914 zu haben, Frankreich in die Arme. Das ist außerordentlich einfach. Und wie steht England dazu? Hier muß der Geschichtskundige zunächst stutzen; denn in diesem Punkt fügt sich das Geschehene scheinbar gar nicht in die uns sonst geläufige Vorstellung der politischen Lage ein. Zum ersten Male in der Geschichte verzichtet England — so sieht es wenigstens aus — auf seinen altüberlieferten Einfluß auf das Küstenland zwischen dem Pas de Calais und der Scheldemündung. Wie ist das zu erklären?

England brauchte von der Zeit an, als seine Bevölkerung zum Bewußtsein der vollen Bedeutung ihres selbständigen Inselstaates erwacht war, notwendig einen festländischen Stützpunkt gegen Frankreich. Zwar waren die englischen Könige auf Grund ihrer Abkunft als Territorialherren fast des ganzen westlichen und südwestlichen Frankreichs selbst französische Vasallen, aber eben dieses Verhältnis band und beengte sie auch und entsprach durchaus nicht den Bedürfnissen, die das englische Volk in seinem rasch wachsenden Selbstgefühl sich zu eigen gemacht hatte. Da richtete sich früh die Aufmerksamkeit der englischen Politik auf Flandern, dessen Bevölkerung auch in seinem zu Frankreich gehörenden Teil das deutsche Blut und den Gegensatz zum gallischen Wesen nie verleugnete und dessen Grafengeschlecht stets in trotziger Selbständigkeit seine eigenartige Zwischenstellung zwischen Deutschland und Frankreich aufrechtzuerhalten suchte. Eine flandrische Grafentochter führte Eduard III. heim, als er sich anschickte, den großen Kampf um die Krone von Frankreich zu eröffnen, der ein Jahrhundert hindurch den scharfen Gegensatz zwischen Frankreich und England lebendig erhielt und in seinen Höhepunkten, den Tagen von Crecy, Maupertuis und Agincourt, den britischen Nationalstolz zu seiner charakteristischen Höhe entwickelte. Das Freundschaftsband zwischen Flandern und England blieb auch weiter bestehen, gefördert durch die wirtschaftlichen Beziehungen. Das altberühmte Tuchmachergewerbe Flanderns, dem die belgischen Städte ihre kulturelle Blüte und ihren kunstgeschichtlichen Ruhm verdanken, konnte ohne die englische Wolle nicht bestehen, sowie Englands zunehmender Wohlstand zum guten Teil abhängig war von dem gewerblichen Gedeihen ihres bedeutendsten festländischen Absatzgebiets, Flanderns. Es kam dann wohl eine Zeit, in der das englische Interesse an diesem Lande und seinem politischen Schicksal in anderer Form und weniger sichtbar hervortrat. Trotzdem galten Flandern und die mit ihm politisch vereinigten Nachbargebiete — also das heutige Belgien — der englischen Politik immer als Stützpunkt und wichtigstes Wirkungsfeld bei jedem Eingreifen in die Festlandspolitik.

England war es auch, das auf dem Wiener Kongreß 1814/15 den Gedanken anregte, ein Königreich der Vereinigten Niederlande zu schaffen. Indem es der legitimistisch gestimmten Mächteversammlung den Köder einer ausgiebigen Entschädigung und Erhöhung der Dynastie der Oranier hinwarf, verfolgte es vor allem die Absicht, den Gelüsten Frankreichs auf weitere Ausdehnung und Erweiterung seines Einflusses zwischen der Nordsee und dem Rhein durch ein einheitliches Staatsgebilde ein stärkeres Hindernis entgegenzustellen. Die Zusammenkoppelung von zwei Landgebieten, die sich geschichtlich schon zu stark auseinanderentwickelt hatten, erwies sich als verfehlt. Belgien riß sich von Holland los. Das war nicht ungeschehen zu machen, aber nun wurde es Englands ganze Sorge, zu verhindern, daß der französische Einfluß in Belgien übermächtig würde. Es geschah dies, indem es in allen Fragen, die die Selbständigkeit und das Gedeihen des neuen Staates und den Schutz gegen die holländischen Ansprüche zum Gegenstand hatten, ein gemeinsames Handeln mit Frankreich herbeizuführen wußte, dagegen sich der Übertragung der belgischen Krone auf einen französischen oder französisch beeinflußten Prinzen entschieden widersetzte. England hatte in dem Koburger Leopold, der, soweit seine für alles Nationale gänzlich unempfängliche, verstandeskühle Seele überhaupt ein bestimmtes Gepräge anzunehmen vermochte, dem englischen Wesen am nächsten stand und mit allen führenden englischen Politikern die engsten persönlichen Beziehungen unterhielt, den geeigneten Mann für den belgischen Thron gefunden. Es hatte für England keine Gefahr, erleichterte im Gegenteil die englische Politik, daß dieser Vertrauensmann Englands, um seine neue Krone noch fester zu kitten, der Schwiegersohn Louis Philippes wurde. England hütete sich überhaupt, sich tiefer in die einschlägigen Fragen einzulassen als dringend notwendig war. Aber es ist auch sehr zu beachten, daß alles in den internationalen Abmachungen, worüber England besonders seine Hand hielt, die Selbständigkeit Belgiens, seine Neutralität usw., eine deutliche Spitze gegen Frankreich kehrte. Bekannt ist, wie sorglos Lord Salisbury seinerzeit Deutschland gegenüber alle diese Fragen behandelte und wie eifersüchtig beobachtend er den Bestrebungen Frankreichs gegenüberstand. Bis in den Sommer 1914 hinein hat das englische Volk eine Gefährdung seiner Interessen in Belgien nur von Frankreich erwartet. Selbst das Einrücken der deutschen Truppen in Belgien würde wahrscheinlich von Grey damals gar nicht so tragisch genommen worden sein, wenn er nicht so verzweifelt dringend einen Vorwand gebraucht hätte, um für seine eigenmächtig gegenüber Frankreich übernommenen Verpflichtungen die Genehmigung des Parlaments zu erhalten. In dieser Verlegenheit mag er wohl damals ein Dankgebet zum Himmel geschickt haben, daß er die Notwendigkeit des längst geplanten Bündnisses mit Frankreich mit der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland begründen konnte.

Es wurde nun die Aufgabe einer eifrigen und geschickten, natürlich auch in ihren Mitteln völlig skrupellosen Propaganda, die überlieferte Überzeugung von der Bedeutung Belgiens für England immer mehr zu befestigen und zu verbreiten. Das ist während des Krieges und auch noch nach dem Waffenstillstand sehr gründlich betrieben worden. Und kaum ist dieser Grundgedanke einer etwa siebenhundertjährigen Politik bis zu diesem endgültigen Siege geführt worden, da zieht sich England zurück und überläßt Belgien unbedenklich dem scheinbar ganz ungehemmten Einfluß Frankreichs, indem es diesem gestattet, eine mili-

tärische Bevormundung Belgiens auszuüben, die auch die starke wirtschaftliche Bindung des Landes zur notwendigen Folge haben muß.

Nach allem, was hier erwähnt worden ist, versteht es sich eigentlich von selbst, daß in diesem Falle kein wirklicher Verzicht Englands vorliegt. Sein Verhalten zeigt nur, wie sehr England genötigt ist, seine Politik in einen viel größeren Rahmen zu spannen als bisher. Die Sorgen, die früher einen wesentlichen Teil der europäischen Großmächtepolitik ausmachten, verschwinden gegen weltpolitische Erwägungen weit größeren Umfangs. Diese vor allem bestimmen jetzt das Verhältnis Englands zu Frankreich. Vielleicht wäre es anders, wenn Frankreich im Weltkriege uns durch militärische Überlegenheit regelrecht besiegt hätte und Deutschland als eine Nation angesehen werden könnte, die ihre geschichtliche Rolle endgültig ausgespielt hat. Die englische Politik, die auch der Sieg nicht in einen Rausch zu versetzen vermag, weil sie in dem ihr als selbstverständlich geltenden Erfolg nur eine neue Verpflichtung sieht, einen kühlen Kopf zu behalten und richtig zu rechnen, sieht hier augenscheinlich schärfer als wir selbst in dem Gefühl unserer trostlosen augenblicklichen Lage. Sie erkennt, daß in dem niedergebrochenen Deutschland noch immer eine verhältnismäßig große Lebenskraft steckt, und sie weiß gleichzeitig die Vorzüge und Schwächen des vom unverdienten Siege aufgeblasenen Frankreichs ruhig gegeneinander abzuwägen. England selbst hat in seiner Weltherrschaft einen Gipfel erstiegen und fühlt deutlich genug die Gefahren, die eine solche Lage in einer noch von den Erschütterungen des Krieges bebenden und schwankenden Welt mit sich bringt. Erfahrungsgemäß beginnen auf einem solchen Gipfel der Entwicklung die Keime künftiger Zersetzung sich zu regen. Es fehlt in der inneren Entwicklung Englands nicht an Anzeichen, daß sich derartiges vorbereitet.

Das erste Bedürfnis Englands geht unter diesen Umständen dahin, die Mächtegruppierung zu erhalten, die die jetzige Lage herbeigeführt hat, und hier nichts auf das Spiel zu setzen. Das bedeutet weiter für England, Frankreich überall gewähren zu lassen, wo keine Lebensinteressen der britischen Macht in Frage kommen. Deshalb darf der Drache Frankreich auch weiter die gefesselte Germania bewachen und seinen giftigen Hauch über sie ausströmen lassen; er darf sich auch für alle Fälle den Kettenhund Belgien an seine Seite legen. Wenn er nur an gefährlicheren Stellen die Kreise Englands nicht stört. Das ist freilich eine bittere Enttäuschung für die gemütlichen Seelen unter uns, die sich einbilden, England würde uns nach dem „knockout" gleich die Hand reichen und uns emporziehen, damit Frankreich nicht zu übermütig werde. Nein, so behaglich geht es in dieser Sündenwelt nicht zu, und ein Weltkrieg ist doch wohl etwas mehr als ein fideler Sport. Aber einen Trost können wir aus dieser Betrachtung dennoch mitnehmen. Ganz unberechtigt ist der Gedanke, England könne nicht die Entwicklung einer ausgesprochenen Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Festland gestatten, keineswegs. Wenn es nun trotzdem Frankreich einstweilen ruhig Belgien überläßt, so bedeutet das nichts anderes als das feste Vertrauen, daß Frankreichs Kraft in absehbarer Zeit ungeachtet des gegenteiligen Anscheins nicht ausreicht, um England entgegenzutreten, daß dagegen Deutschland auch nach seinem Zusammenbruch immer noch Kraft genug hat, um im Lauf einer absehbaren Entwicklung ein Gegengewicht in die Wagschale legen zu können. Wir selbst sind uns jetzt nur des ungeheuren Sturzes aus der Höhe bewußt, aber der sichere Instinkt unseres Hauptgegners weiß, daß auch die schwerste Katastrophe nicht ohne weiteres imstande sein konnte, das deutsche Volk vom Standpunkt des durch Bismarck geschaffenen Reiches auf den des Dreißigjährigen Krieges zurückzuschleudern.

Presse und auswärtige Politik.

In dem Konflikt zwischen Polen und Rußland, der nach der ganzen heutigen internationalen Lage weit über diese beiden Länder hinausgreift, hat Minister Dr. Simons mit Recht der deutschen Politik strengste Neutralität zur Pflicht gemacht. Nur auf diesem Wege ist es möglich, dem wehrlosen Deutschland, das wir leider heute sind, einigen Schutz gegen die Brandungen dieses weltpolitischen Konfliktes zu sichern. Leider beweist auch in diesem Falle wieder ein Teil der deutschen Presse, daß ihm für die Durchführung einer zielbewußten deutschen Außenpolitik die nötige Disziplin fehlt. Als die russischen Bolschewisten den polnischen Korridor besetzten, ließen zahlreiche deutsche Zeitungen durch die Feder ihres Kriegsberichterstatters die Welt wissen, daß die Deutschen Soldaus die russische Armee als Befreier mit großem Jubel aufgenommen hätten. Es wurden Einzelheiten geschildert und Namen genannt. Es gehörte wirklich nicht viel Weitblick dazu, um die möglichen Nachwirkungen dieser Schilderung sofort zu erkennen. Die damals begangene Ungerechtigkeit rächt sich denn auch heute bereits an den Deutschen Soldaus. Die Polen sind dort wieder die Herren und sie verlangen jetzt von den dortigen Deutschen unter der Androhung sofortiger Ausweisung die unverzügliche Option für Polen. Es ist selbstverständlich, daß auch diese neue polnische Brutalität gegen die Bestimmung des Friedensvertrages verstößt, der den Deutschen im abgetretenen Gebiet zwei Jahre bis zur Option freiläßt. Die Polen, die in der Zeit ihrer Niederlage im Korridor zur schonenden Behandlung der Deutschen aufforderten, glauben sich jetzt in ihrem Siegesrausch über jedes Recht hinwegsetzen zu können. Die Reichsregierung wird sich der dringenden Pflicht bewußt sein, für die Deutschen in Soldau die Rechte des Friedensvertrages zu sichern. Sie wird aber wahrscheinlich dabei die Erfahrung machen, daß jene unvorsichtigen deutschen Presseberichte ihre Aufgabe jedenfalls nicht erleichtern. Unseren Interessen und den Deutschen in Soldau wäre jedenfalls mehr gedient gewesen, wenn die deutsche Presse in ihrer Gesamtheit in diesem Falle das nötige Verantwortlichkeitsgefühl gezeigt hätte.

Ein ähnlicher Fall betrifft Ostpreußen. Bekanntlich hat die deutsche Regierung die Entente ersucht, uns die Aufstellung besonderer Wachtmannschaften zu gestatten, um die in Ostpreußen internierten Bolschewisten im Zaume zu halten. Die Entente hat das abgelehnt, dahingegen beschlossen, selbst das Verhalten der Russen und der Deutschen in Ostpreußen genau zu kontrollieren. Es darf uns danach nicht wundern, wenn aus diesem Anlaß ein neues Netz von Ententebesatzung und Ententekontrolle über Ostpreußen geworfen wird, nachdem die Abstimmungsgebiete endlich von der fremden Besatzung freigeworden sind. Will die Entente ihr Vorgehen rechtfertigen, so braucht sie sich nur auf einen Artikel des „Vorwärts" (Nr. 445, Abendausgabe vom 7. September) zu berufen, der eine Zuschrift aus Ostpreußen darstellt, und der Gesamtbevölkerung von Ostpreußen die wärmsten Sympathien für den russischen Bolschewismus zuschreibt. Der Artikel läßt dabei durchblicken, daß man in Ostpreußen von einem Sieg der Bolschewisten einen Rückfall aller geraubten Teile der deutschen Ostmark erhofft habe und daß man deshalb dort in Ostpreußen kein Verständnis für die „schlappe" Stimmung im Reiche habe. Frankreich müßte nicht der fanatische und skrupellose Feind Deutschlands sein, der es ist, wenn es nicht die Gelegenheit wahrnähme, aus solchen Presseblüten das Gift neuer Repressalien zu saugen. Es scheint in der Tat, daß es den Deutschen in der Politik und namentlich in der Außenpolitik ungeheuer schwer fällt, durch Schaden klug zu werden.

Der Kampf um Dr. Löwenstein.

Am Sonntag sind in Berlin Protestversammlungen, die von der Deutschen Volkspartei und von der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Ernennung Dr. Löwensteins zum Oberschulrat von Berlin einberufen worden waren, in der rohesten und gewalttätigsten Weise von unabhängigen Kolonnen gesprengt worden. Szenen dieser Art ließen sich voraussehen, nachdem Dr. Löwenstein in einer Lehrerversammlung am Sprechen verhindert worden war. Zweifellos werden die Unabhängigen auch den Versuch machen, ihr Verhalten mit dem Vorgehen gegen Dr. Löwenstein zu rechtfertigen. Die Taten, die sie am Sonntag Vormittag in Berlin in den verschiedenen Versammlungslokalen verübt haben, werden trotzdem als Schandfleck auf ihnen haften bleiben und der Öffentlichkeit einen neuen Begriff davon geben, wie die Unabhängigen und die mit ihnen in demselben Fahrwasser schwimmenden Groß-Berliner Genossen die politische Freiheit auffassen. Die sozialdemokratischen Parteien haben jetzt die Macht in Groß-Berlin — diese Tatsache soll das Bürgertum austosten, ganz einerlei, was dabei aus der Freiheit des Einzelnen und dem Wohle des Ganzen wird. Die sozialdemokratischen Kandidaten fühlen sich bereits als die Stadtväter von Groß-Berlin, mögen sie auch noch so wenig von ihrem neuen Handwerk verstehen, oder mögen sie, wie Dr. Löwenstein, als Bock zum Gärtner eingesetzt sein. Wer dagegen öffentlich protestiert, wird niedergebrüllt und niedergeschlagen, wohingegen die Berliner Straßenbahner sich durchaus nicht abhalten lassen, zum Protest gegen eine ihnen nicht genehme Persönlichkeit in dem künftigen Magistrat von Groß-Berlin den Verkehr einfach stillzulegen. Das ist die sozialdemokratische Fuchtel, die über Groß-Berlin geschwungen wird.

Es muß selbstverständlich zu den allerschwersten Verwickelungen führen, wenn sich in der Reichshauptstadt die Sozialdemokratie gewissermaßen eine Domäne schaffen kann, in der sie allein regiert, unbekümmert um die Verhältnisse und die Vorgänge im Staat und im Reich. Die Wurzeln dieser ganzen Konfliktsmöglichkeiten liegen in der längst veralteten Konstellation in Preußen. Wie die Sozialdemokratie in der preußischen Verwaltung in der rücksichtslosesten Weise ihre Parteiherrschaft aufrichtet, so versucht sie sich auch in Groß-Berlin als Herrin und Gebieterin einzurichten. Die Handhabe dazu hat ihr die Mehrheitsregierung in der preußischen Landesversammlung geschaffen, deren bürgerliche Bestandteile jetzt selbst schwer unter diesem Streich zu leiden haben. Der zuständige Oberpräsident hat zwar den schwachen Versuch gemacht, gegen den sozialdemokratischen Verwaltungsterror in Berlin Maßnahmen anzudrohen, die Sozialdemokraten aber lachen ihn aus und verlassen sich auf den sozialdemokratischen Minister des Innern. So wirkt sich die sozialdemokratische Mißwirtschaft in Preußen, in Berlin in ihren letzten Konsequenzen aus. Die Fraktion der D. V. P. hat in der preußischen Landesversammlung einen Antrag eingebracht, der diesem roten Terror eine Schranke ziehen will. Aber selbst, wenn er angenommen werden sollte — was zweifelhaft ist — so könnte seine Wirkung nur vorübergehend sein. Die eigentliche Heilung muß tiefer und radikaler sein. Sie kann nur darin bestehen, daß der preußische Landtag schleunigst aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Wenn dann die Wählerschaft in Preußen gesprochen hat, wie die im Reich am 6. Juni, so wird den roten Gewaltherren von Berlin bald um ihre Herrlichkeit bange sein.

Geminderte Arbeitsleistung.

Über die Herabminderung der Arbeitserfolge und deren Gründe ist schon recht viel geschrieben worden.

Ein recht einfacher Fall ist der, daß dank der reichlichen Entlohnung, die dem Familienhaupt zuteil wird, eine große Zahl der Angehörigen gar nicht mehr zur Arbeit geht. Das macht einen Ausfall vieler Millionen einst fleißiger Hände. In Stadt und Land kann man dies wahrnehmen. Wie in so vielem, so ist auch hier ein Rückschlag zu verzeichnen, der frühere Übelstände — in diesem Falle den übermäßigen Druck auf Frauen und Kinder zur Erwerbsarbeit außer dem Hause — in das andere Extrem umschlagen läßt. Heute, da der bittere Zwang der Not weggefallen ist, verschmähen es viele Tausende, die

sonst nützliche Arbeit leisteten, dem Verdienst nachzugehen und sitzen müßig da. Aufwartefrauen in der Stadt, Hilfskräfte für Feld- und Gartenarbeit auf dem Lande sind heute oft gar nicht mehr zu beschaffen, ganz unabhängig von der Lohnhöhe. Volkswirtschaftlich liegen daher diese Kräfte brach; kostbare Werte bleiben ungeschaffen, große Schätze ungehoben, die dadurch möglichen Ersparnisse fallen weg. Für das Volksganze ist dies ein weiterer Schritt zur Verarmung.

Ein ferneres Moment, das sich recht eigentümlich ausnimmt, sei als Ergänzung hierzu erwähnt. Mir kamen vielfache Klagen von Arbeiterfrauen zu Ohren, die weidlich über den Achtstundentag ihrer Männer schimpften. Sie meinten, diese kämen nun um drei Uhr nach Hause, legten sich nach dem Essen hin und, ausgeruht, frisch und beschäftigungslos schlügen sie dann die Zeit nicht nur in Müßiggang tot, sondern es würde darob auch das meiste Geld sinnlos vergeudet. Unzweifelhaft liegt auch hier, neben dem übermäßigen Verbrauch aus reiner Langeweile, unausgenützte Arbeitskraft vor, die der Allgemeinheit verloren geht.

Außer dieser mangelhaften Ausnutzung normaler Arbeitskraft krankt die heutige Wirtschaft an vielen anderen Übeln. Da ist z. B. der sehr bedauerliche Umstand, daß infolge der Überspannung der Arbeitskräfte während des Krieges eine schwere Unterernährung bis auf den heutigen Tag die Leistungen herabsetzt. Das betrifft die rein körperliche Verfassung weiter Kreise der Arbeiterschaft. Daneben macht sich eine moralische Verlotterung und ein qualitativer Rückgang der Leistungsmöglichkeit insofern bemerkbar, als während des Krieges den Jugendlichen verhältnismäßig so ungeheure Löhne zufielen, daß darunter die sonst übliche gründliche und ernsthafte Berufsausbildung wegfiel. So sind aus den Reihen des Nachwuchses viele Hunderttausende, die andernfalls etwas Tüchtiges erlernt hätten, zu hochbezahlter Hilfsarbeit eingestellt worden. Denn welche Eltern wollten ihre Kinder als Lehrlinge hergeben, wo zeitweilig dem Ungelernten ungeahnt hohe Löhne winkten? Darum ist heute in der Industrie die Klage allgemein über die bei ungerechtfertigt hohen Ansprüchen gänzlich mangelhafte Berufsausbildung der jüngeren Arbeitskräfte. Durch die hohen Gewinne verwöhnt, wollen sie nachträglich nicht mehr als Lehrlinge eintreten, deren normalem Alter sie inzwischen entwachsen sind. Auch diese Erscheinung bedeutet einen dauernden Minderertrag der Arbeit.

Erschwert werden diese Zustände dadurch, daß wegen der klassenkämpferischen Betriebsräte-Organisation viele unfruchtbaren Kräfte an den Werken „kleben", d. h. nicht entlassen werden können, trotz völlig ungenügender Leistungen. Die Betriebe werden genötigt, eine Unzahl minderwertiger Elemente als tote dort mitzuschleppen und unbegrenzt durchzufüttern. Ebenfalls eine Defizitwirtschaft, die eingerissen ist und den Ertrag der Volkswirtschaft in bedenklichster Weise niederhält. Häufig artet dies in eine reine Schmarotzerwirtschaft aus, indem sich die Unternehmungen gezwungen sehen, Leute viel höher zu besolden, als der durch sie geschaffene Ertrag wert ist.

Der unausgebildet gebliebenen Jugend gesellt sich als weiteres Übel, ebenfalls der Überanstrengung des Krieges, dann aber vornehmlich der wilden Revolutionswirtschaft entwachsen, ein weiterer Übelstand zu, der unzählige Arbeitskräfte lahmlegt. Es ist die in ungeheurem Maße vor sich gegangene Verbeamtung des Volkes. Die Hereinziehung bisher jeglicher Schulung und der strengen Pflichtenerziehung entbehrenden Kreise in den bürokratischen Apparat entzieht der Güterproduktion heute ungebührlich viele Arbeitskräfte, die nun in der schematischen Mechanisierung der zu einem trägen Ungetüm überbildeten Verwaltung zumeist völlig unfruchtbar bleiben. Bei systematisch abgetöteter Initiative entwickeln sich immer mehr diese anderswo bitter entbehrten Leute zu schmarotzerhaften Stellenklebern. Eine greuliche Zusammenballung solcher Drohnennester macht sich überall geltend. Jede einzelne Behörde ist wieder an sich überfüllt mit Menschen, die nichts Nützliches leisten können. Wem zuliebe? Meist nur wegen der Parteien, die ihre Anhänger unterzubringen wünschen oder um der augenblicklichen Besänftigung der Unzufriedenheit willen möglichst viele an die Krippe zu bringen bestrebt sind. Es soll heute jeder sechzehnte Mensch im Deutschen Reich Beamter sein. Zum allergeringsten Teile sind es wertschaffende Posten — und auf Güterproduktion käme doch im verarmten Deutschland alles an! Welch sinn- und zwecklose Aufzehrung vorhandener Kräfte, an Stelle schöpferischer Betätigung!

So drängt es sich auf, von einem „verfaulten" Deutschland in dem Sinne zu reden, das unglückliche Land begünstige die Faulheit und Minderleistung durch die überstürzt vollzogene Desorganisation der Wirtschaft. Und noch ist kein Ende abzusehen dieser unzweckmäßigen Brachlegung und Brachhaltung an sich wertvoller und an tausend anderen Stellen dringend benötigter Volkskräfte. Niemand bringt den Mut auf, diesem „Verfaulen" rechtzeitig Einhalt zu gebieten.

Die lebenswichtigen Betriebe des Ruhrkohlenbezirkes und die Kohlennot.

Im nachfolgenden seien ohne weiteren Kommentar einige Fälle über den Einfluß der Kohlenlieferungen an die Entente auf die lebenswichtigen Betriebe des Industriebezirks zusammengestellt:

Ein städtisches Gaswerk wird infolge der schlechten Kohlenbelieferung die bereits eingeführten Sperrstunden ausdehnen müssen, da es bereits jetzt schon nur noch von der Hand in den Mund lebt. Wenn die Kohlenzufuhr auch nur für kurze Zeit stockt, muß der ganze Betrieb zur Stillegung gelangen. — Eine große Mühle hat in den ersten drei Wochen des Monats August nicht mehr Kohle erhalten, als für einen zweitägigen Betrieb reicht. Diese Mühle liefert das Mehl für 1—1½ Millionen im Industriebezirk wohnender Menschen, so daß wenige Tage nach einer Betriebseinstellung, die nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt, im ganzen Gebiet des Industriebezirkes Unruhen wahrscheinlich sind. — Ein größeres städtisches Elektrizitätswerk wird in nächster Zeit erhebliche Stromeinschränkungen bei allen Verbrauchern durchführen müssen, da der von ihm mit großer Mühe zusammengetragene kleine Lagerbestand infolge unzureichender Neulieferungen von Tag zu Tag sich verringert und zurzeit nur noch für etwa 8 Tage reicht. Mit der teilweisen Stillegung dieses Elektrizitätswerkes würde automatisch die auf den Strombezug angewiesene weiterverarbeitende Industrie zum Erliegen gelangen. — Eines der größten Wasserwerke des Reviers hat seit einiger Zeit nur noch einen Kohlenvorrat für jeweils einige wenige Tage. Mit ihm kann eine Gewähr für die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht übernommen werden, da er bei Verkehrsstockungen oder bei Unruhen sehr schnell erschöpft sein würde. Abgesehen von den anderen Verbrauchern führt das Wasserwerk etwa 80 Prozent seiner Wasserförderung dem Bergbau zu und versorgt mit ihr über 200 Schachtanlagen. — Eines der größten Elektrizitätswerke des Industriebezirks hat im August nur etwa 80 Prozent der April-Kohlenmenge erhalten; auf den dem Elektrizitätswerk gehörenden Kraftwerken war zeitweise ein Kohlenbestand von nur 1 oder 2 Tagen vorhanden. Die Licht- und Kraftversorgung ist deshalb auf das äußerste gefährdet, so daß eine Stromeinschränkung, die vorläufig 20 Prozent beträgt, unvermeidlich war.

Im vorstehenden sind nur einige wenige Fälle angeführt; sie sollen zeigen, daß wir äußerst schweren Zeiten in bezug auf die Kohlenversorgung entgegengehen müssen, wenn jetzt schon die Belieferung der unmittelbar im Ruhrkohlenrevier belegenen lebenswichtigen Betriebe derart viel zu wünschen übrig läßt. Die zu befürchtenden Schwierigkeiten können nur dann vermieden werden, wenn eine baldige erhebliche Steigerung der Förderung eintritt.

Zur politischen Schulung nationaler Männer und Frauen

Die dringende Notwendigkeit der politischen Schulung deutscher Frauen und Männer tritt täglich mehr zutage. Überall tönen uns Parteischlagworte entgegen und aller Orten wird in erbittertem Wirtschaftskampfe über dem Parteiinteresse, dem Interesse des Standes und Berufes, das Interesse der Gesamtheit, das Wohl des Staates in den Hintergrund gedrängt, wenn es nicht ganz in Vergessenheit gerät.

Nach Parteitheorie werden wir regiert und geführt und in unserer Meinung beeinflußt. So werden aus deutschen Bürgern und Bürgerinnen fanatische Parteigenossen, die auf ein politisches und wirtschaftliches Programm im voraus festgelegt und eingeschworen sind, ehe sie an der Hand der Geschichte durch volkswirtschaftliche und sozialpolitische Studien sich eine eigene Meinung und Übersicht bilden, von dem, was dem Staate und dem ganzen Volke frommt.

Deutschland, umgeben von stark national gesinnten Randstaaten einheitlicher Rasse, entbehrt des inneren geschlossenen völkischen Empfindens. Es mangelt dem deutschen Volke oft in erschreckender Weise an gesundem Selbstbewußtsein, an der selbstverständlichen, ihm ins Fleisch und Blut übergegangenen Überzeugung von der Lebensberechtigung und dem notwendigen Lebenskampf im Kreise der es umgebenden Völker. Um unausführbarer Ideale willen, die im Rahmen des Völkerlebens keinen Platz haben können, gibt es weite Kreise des Volkes, die nichts wissen wollen von den harten Bedingungen, die ein Volk erfüllen muß, wenn es leben und sich behaupten will und nicht nur vegetieren im Kreise national gesinnter, selbstbewußter Völker. Wir sind ein am Boden liegendes Volk und die Feinde, die in Schlachten nicht Sieger blieben, denen es aber gelang, infolge ihrer übermächtigen nationalen Ideenwelt unser Volk langsam zu entmarken, triumphieren. Wir alle leiden schwer. Wir sind ja der Spielball der Feindvölker, deren Führer meisterlich politisch geschult, wohl verstehen, alle ihre Handlungen der Staats-Raison unterzuordnen.

Aber wir, die wir noch leben und an eine deutsche Zukunft glauben, die wir uns als deutsches Volk fühlen, die wir leiden, und die wir wissen, was ein starker Staatsgedanke im Volke bedeutet, wir wollen arbeiten, um zu helfen.

Und das kann geschehen durch eine tiefgreifende politische Schulung des deutschen Volkes auf streng nationaler parteiloser Grundlage. Wer diese Idee als richtig anerkannt hat, der wird auch gern bereit sein, den Nationalverband Deutscher Frauen und Männer in seinen Bestrebungen in Goslar a. H. tatkräftig zu unterstützen.

Der Nationalverband Deutscher Frauen und Männer, E. V., politische Abteilung, Gründerin und Leiterin Katinka von Oheimb, wird in Goslar vom 29. September bis 20. Oktober einen dritten politischen Kursus einrichten.

In diesen Kursen sollen alle einschlägigen Gebiete, die mit dem Leben eines Kulturvolkes verknüpft sind, gelehrt werden, z. B.

I. Begriff und Wesen des Staates.
a) Staatsform,
b) Staatshaushalt (Steuern und Zölle),
c) Aufgaben des Staates,
d) Staats- und Bürgerkunde,
e) Das europäische Staatensystem.

II. Geschichte.
a) Deutsche Geschichte,
b) Geschichte der Revolution in England, Frankreich,
c) Geschichte des Parlamentarismus,
d) Geschichte der politischen Parteien,
e) England und seine imperialistischen Ziele.

III. Politische Geographie.

IV. Rußland.
a) Der Kommunismus,
b) Die Sowjets.

V. Die geistigen Strömungen.
a) Die Umwertung aller Werte,
b) Geld und Kapital als Machtfaktor,
c) Frauenbewegung,
d) Die Presse und ihre Macht.

VI. Praktische Parteiarbeit und Vereinswesen.

VII. Sprach- und Redetechnik.

Die Kurse sollen aus Vorträgen hervorragender Wissenschaftler, Politiker und Lehrer des Wirtschaftslebens, in Abhaltung von Einzelzyklen und Studienkreisen stattfinden.

Die Hörer und Hörerinnen haben sich in selbstständiger Arbeit zu üben in mündlichen und schriftlichen Referaten, in Modellversammlungen, Vortragsversuchen.

Von den Lehrern und Vortragenden der beiden ersten Kurse seien hier genannt: Professor Geh.-Rat Dr. Bergsträßer, Geh.-Rat Dr. D. K. Kahl, Dr. Kaufmann, Walter Lambach, Frau Klara Mende, Fräulein Paula Müller, Dr. Stadler, Dr. G. Stresemann.

Für den dritten politischen Ausbildungskursus sind folgende Lehrer und Lehrerinnen und Redner aller Parteien in Aussicht genommen: Ministerialrat Dr. Beusch, Frau Gertrud Bäumer, Professor Bergsträßer, Abgeordneter Behrens-Bethel, Direktor Freymark-Hildesheim, Abgeordneter Staatsminister O. Hergt, W. Koch-Düsseldorf, M. d. R., S. von Kardorff, M. d. R., Heinrich Kallmeyer, Abgeordneter W. Lambach-Hamburg, Paul Lensch, Frau Dr. Matz, M. d. R., Stettin, Frau Klara Mende, M. d. R., Berlin, Dr. Marxen, M. d. R., Berlin, Dr. Maretzki, M. d. R., August Müller, M. d. R., Freiherr von Reibnitz-Neustrelitz, Geh.-Rat Dr. Runkel, Generalsekretär Rose-Hamburg, Dr. G. Stresemann, Berlin, M. d. R., Professor Dr. Georg Schreiber, M. d. R., Dr. Stadler, Berlin, Studienrat Dr. Schümer, M. d. R., Dr. Sonnenschein, Hannover, Frau Voß-Zietz-Schwarten, Dr. Wulle, M. d. R., Berlin; Oberlehrer Wand, Hildesheim, Graf Westarp, M. d. R., Zentralarbeitersekretär Wissell, M. d. R., Berlin, General v. Winterfeld, Berlin.

Das Lehrgeld für den ganzen Kursus beträgt ℳ 90,— für auswärtige Teilnehmer, für einheimische ℳ 30,—. Für Unterkunft und Verpflegung im Preise von 20—25 ℳ wird gesorgt.

Beiträge sind auf das Konto einzuzahlen.

Politisches Konto des Nationalverbandes Deutscher Frauen und Männer, Katinka v. Oheimb, Hildesheimer Bank, Filiale Goslar.

Aus Welt und Zeit.

Verhaftung eines „Revolutionshelden".

Die Kriminalpolizei in Dresden nahm eine aufsehenerregende Verhaftung vor. Der in der Revolutionszeit als „Schloßkommandant" tätig gewesene Mehrheitssozialist Friesz wurde verhaftet, weil er Betrügereien verübt haben soll. Einer seiner Genossen hat sich als Beamter ausgegeben und unberechtigterweise Beschlagnahmungen vorgenommen. Auch Schiebungen mit Salvarsan und andere Straftaten soll Friesz begangen haben.

*

Unsere Minister.

Der hessische Minister Dr. Fulda schreibt dem „Tägl. Anzeiger", er habe beim Steuerabzug dem Arbeitgeber nicht empfohlen, nachzugeben, sondern im Falle der Gewalt den Schutz der Entente anzurufen. — Herr Dr. Strecker hat sich geweigert, an der Einweihung eines Denkmals für gefallene Lehrer der Viktoriaschule in Darmstadt teilzunehmen, weil diese Feier am — Sedanstag stattfand.

*

Ein kleines, aber bezeichnendes Wahlergebnis.

In der Gemeinde Neuenhagen an der Ostbahn (Kreis Niederbarnim) war eine Neuwahl der Gemeindevertretung notwendig. Die Wahl hat dieser Tage stattgefunden und folgendes bemerkenswerte Ergebnis gehabt: Die U. S. P. D. erhielt 136 (gegenüber 429 Stimmen bei der Reichstagswahl), die S. P. D. 254 (606), die Demokraten 254 (257), die drei bürgerlichen Listen, hinter denen die Deutsche und Deutschnationale Volkspartei ständen, im ganzen 632 (gegen 410 bei der Reichstagswahl). Gewinn der Rechtsparteien 222 Stimmen. Die Gemeindevertretung zählt jetzt acht Bürgerliche und vier Sozialisten.

*

Strömungen in der Arbeiterschaft.

Die „Germania" wendet sich gegen den Gedanken einer christlich-demokratischen Arbeiterpartei, der, wie sie sagt, in einzelnen Kreisen lebhaft erörtert wird, und als deren Grundstock die christlichen Gewerkschaften zu gelten hätten. Das „Berliner Tageblatt" schreibt: „Die Strömungen, von denen die „Germania" spricht, bestehen auch in denjenigen Teilen der Arbeiterschaft, die sich zur Deutschen demokratischen Partei bekennen." — Diese „Teile" sind bekanntlich nicht groß.

*

Sabotageakte.

Aus eingeweihten Kreisen wird uns geschrieben:

Trotzdem die Gewerkschaften aller Richtungen im Verein mit den politischen Parteien, einschließlich der Unabhängigen, für die Durchführung des Steuerabzuges in der gemilderten Form sich einsetzen, ist die Verhetzung der Arbeiterschaft soweit gediehen, daß sie mit allen Mitteln den Steuerabzug zu verhindern versucht. Wie vorgegangen wird, geht aus der folgenden Mitteilung eines Düsseldorfer Werkes hervor.

Der Martinwerksarbeiter K. hat unsere Belegschaft wegen des Steuerabzuges zum Streik aufgefordert, ferner veranlaßt, daß das Gasventil des Martinofens III geschlossen wurde, so daß Gas nicht mehr in den Ofen strömen konnte, und die Charge erstarren mußte. Zeuge ist der Vorsitzende des Betriebsrates. In der Aufforderung, das Ventil zu schließen, sehen wir einen Sabotageakt, weil durch das Einfrierenlassen der Charge der Inhalt des Ofens und dieser selbst verdorben werden sollte. Auf diese Weise wäre uns ein Schaden entstanden in Höhe von mindestens ½ Million Mark. Auch hätte der Oberofen neu erstellt werden müssen, wodurch ein Betriebsstillstand des Ofens in der Dauer von wenigstens zwei Monaten erzwungen worden wäre. Der Pflichttreue zweier Angestellten gelang es, die flüssige Charge noch vor dem Erstarren aus dem Ofen laufen zu lassen, so daß wenigstens der Ofen gerettet werden konnte, wenn auch die Charge selbst, etwa 70 000 kg Stahl, verloren war. Auch der Inhalt des Ofens hätte gerettet werden können, wenn er durch die Gießkrane hätte vergossen werden können. Die Kranführer waren arbeitswillig; sie wurden aber abgehalten, die Krane zu bedienen durch die Worte des Martinwerksarbeiters Sch., der unserem Oberingenieur erklärte: die Kranführer würden lebendig nicht wieder vom Kran kommen. Im weiteren Verlauf wurde das Verhalten der Arbeiterschaft des betr. Werkes derart, daß die Direktion zur Schließung des Betriebes gezwungen wurde.

*

Schreckliche Geschichten

kommen doch auch manchmal bei den Sozialdemokraten vor. Der „Darmst. Volksfreund" entrüstet sich darüber, daß ein sozialdemokratisches Gemeinderatsmitglied in Bickenbach mit einer schwarz-weiß-roten Rosette geschmückt, an dem Fest der „deutschen" Turnerschaft teilgenommen habe. Womit bewiesen ist, daß es auch, stellenweise wenigstens!, vernünftige Sozialdemokraten gibt.

*

„Gegen die Prügel-Polizei".

In der Frankfurter Straße in Berlin wird ein — scheinbar bezechter — Gastwirt verhaftet, der eine Blumenverkäuferin mißhandelt hat: die Sicherheitspolizei muß den Tobenden fesseln, führt ihn ab und setzt ihn, um eine Demolierung der Wachräume zu vermeiden, in eine Zelle. Da tobt er weiter, schreit um Hilfe. Vor der Wache sammeln sich an die hundert Menschen. Sie verlangen die Freilassung des Rohlings. Die Menge nimmt die berüchtigte „drohende Haltung" an und versucht, die Wache zu stürmen. . . . Dieser eine Fall ist typisch für hunderte. Wo die Sicherheitspolizei in treuer, oft gefährlicher Pflichterfüllung durchzugreifen versucht, wird sie gehindert, beschimpft, bedroht. Der Blaukoller ist zum Grünkoller geworden, und geheimnisvolle, ministeriale Pläne tun das ihrige, diesen Koller zu unterstützen.

*

Holländische Blätter melden aus Jaffa: „Der Rabbi von Jerusalem ist von seiner Informationsreise, die ihn nach Holland und England geführt, nach Jerusalem zurückgekehrt und wurde von der Judenherrschaft in Jerusalem und Jaffa mit — wie die Judenblätter hervorheben — „königlichen Ehren" empfangen. Auch das jüdische Bataillon war als Ehrenwache ausgerückt. Beim Festbankett erklärte der Rabbi Kuk, an eine Verwirklichung des Königreichs Zion sei leider noch nicht zu denken, dafür gehe aber der Jude als Weltherrscher hervor. Reiche wie Rußland, Deutschland und Österreich werden schon offen von Juden regiert, und Juden seien die Führer der Völker. Bald werden auch andere Länder folgen und das Judentum werde über die ganze Welt sein Banner, das Banner Jerusalems, wehen sehen."

Aus der Partei.

Vertreter der Wahlkreise 16, 19, 20, 23, 24, 25, 26 der Deutschen Volkspartei, die teils in der Westdeutschen, teils in der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt sind und weiterhin zum Teil beiden Organisationen angehören, traten am 18. September d. J. in Düsseldorf zum ersten Mal zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, an der auch zahlreiche Abgeordnete und Zentralvorstandsmitglieder teilnahmen sowie der erste Generalsekretär der Reichsgeschäftsstelle, Herr Schütz.

Die vertrauliche Aussprache über die wichtigsten politischen Fragen wies eine erfreuliche Übereinstimmung aller Beteiligten auf. Man einigte sich dahin, daß sich die beiden benachbarten Arbeitsgemeinschaften Rheinlands und Westfalens in Zukunft zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle der Partei und des Vaterlandes zusammenschließen.

Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei findet in diesem Jahre nach einem Beschlusse des Geschäftsführenden Ausschusses in Nürnberg statt. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Parteikonferenz und Zentralvorstandssitzung. Nach einem Beschluß, den der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei gefaßt hat, findet am 4. Oktober in Hannover eine Zusammenkunft der Generalsekretäre und Wahlkreisvorsitzenden der D. V. P. statt. Daran schließt sich am 5. Oktober ebenfalls in Hannover eine Sitzung des Zentralvorstandes der Partei.

Deutsche Volkspartei und Demokraten. Die Demokratische Partei in Jena lehnte das Angebot der Deutschen Volkspartei, für die nächsten Gemeinderatswahlen im November eine gemeinsame Liste aufzustellen, ab.

*

Reichsjugendtag.

Am 2. und 3. Oktober soll ein Reichsjugendtag stattfinden, voraussichtlich in der Umgebung von Detmold (Hermannsdenkmal). Nähere Auskunft über die Reichsjugendtagung erteilt die Vorsitzende des vorbereitenden Ausschusses für die Reichsjugendtagung Fräulein A. Hoffmann, Berlin-Steglitz, Grunewaldstraße 7. — Der Reichsjugendausschuß unserer Partei hielt in Berlin eine Sitzung ab. Von der Tatsache ausgehend, daß in einigen Wahlkreisen bisher noch wenig oder kaum etwas für unsere Jugendbewegung getan werden konnte, werden namentlich diese Wahlkreise gebeten, sich vermehrt unserer Jugend zu widmen. Auf allen noch stattfindenden Parteitagen in den Wahlkreisen oder kleineren Bezirken muß unsere Jugendarbeit auf die Tagesordnung gebracht werden. — Es wurde im übrigen festgestellt, daß unsere Jugendgruppen nach den Wahlen tüchtig weiterarbeiten, entsprechend wächst die Zahl unserer Mitglieder, Zuzug kommt von links und rechts. Eine Reihe von Wahlkreis- und Landes-Jugend-Ausschüssen ist weiter in der Bildung begriffen, wir erwarten von diesen Arbeitsausschüssen eine wesentliche Förderung der Tätigkeit des Reichsjugendausschusses, namentlich hinsichtlich der Belange der deutschen Jugendwohlfahrt.

*

Das „Recht auf Arbeit".

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Cremer hat an die Reichsregierung fol-

gende Anfrage gerichtet: „Der Demobilmachungsausschuß für Groß-Berlin hat eine am 1. August in Kraft getretene Verordnung erlassen, nach der Arbeitnehmer, welche auf den Erwerb aus einer Beschäftigung nicht angewiesen sind, zwecks Ersetzung durch erwerbsbedürftige Personen von ihrem Arbeitgeber zu entlassen sind. Ist der Reichsregierung diese Verordnung bekannt? Billigt sie diese Verordnung, welche in schwerster Weise „das Recht auf Arbeit" einem Teile der erwerbstätigen Bevölkerung verkürzt und einen wegen seiner praktischen Zwecklosigkeit als gehässig empfundenen Eingriff in die Produktivität der Betriebe darstellt? Was gedenkt die Reichsregierung zur Behebung der Mängel der Verordnung und Sicherstellung des Rechts auf Arbeit für alle Deutschen zu tun?

*

Der Reichstagsabgeordnete Finanzminister a. D. Dr. Becker,

der den Westfalen kein Fremder ist, beging kürzlich das schöne Fest der silbernen Hochzeit. Die Parteileitung sandte ein herzliches Glückwunschtelegramm. Die Privatadresse des Abg. Dr. Becker lautet nunmehr Duisburg, Wittekindstraße 4 (Fernsprecher 3919).

*

Für die Kleinrentner.

Der Reichstagsabgeordnete Geisler hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Durch die Erhebung der Kapitalertragssteuer ohne Berücksichtigung des Einkommens wird die Lebenshaltung der ohnehin schon unter der Geldentwertung sehr notleidenden erwerbsunfähigen Kleinrentner aufs neue außerordentlich verschlechtert. Nach einem in der Regel fleißigen Leben hofften diese Staatsbürger von den unter großen Einschränkungen zurückgelegten Ersparnissen einen sorgenfreien Lebensabend nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit haben zu können. Der unterschiedslose Abzug der Kapitalertragssteuer liefert sie aber jetzt großer Not aus, zumal, wenn ihr Einkommen nur gering ist. Die Anrechnung der jetzt in Abzug gebrachten Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer bezw. ihre Zurückzahlung im nächsten Jahre kann nicht als Linderung dieses Notstandes angesehen werden, weil das ohnehin schon oft sehr geringe Einkommen vieler Kleinrentner und Kleinrentnerinnen durch den jetzt getätigten 10 Prozent-Abzug im Augenblick zu sehr gekürzt wird. Ein großer Teil dieser Staatsbürger bezieht weder staatliche Alters- oder Invalidenrente, noch sonst eine staatliche Unterstützung.

Es erscheint als ein Gebot der Gerechtigkeit, auch diesen Staatsbürgern beim Steuerabzug dieselben Erleichterungen zu gewähren, die das Reichsfinanzministerium den Arbeitern und Angestellten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn gewährt hat. Die Einkommen vieler Kleinrentner und Kleinrentnerinnen sind außerdem bedeutend niedriger als die Einkommen der Arbeiter und Angestellten.

Ist die Reichsregierung in der Lage,

1. den erwerbsunfähigen Kleinrentnern ein Mindesteinkommen aus Kapitalertrag in Höhe von 1500 Mark, das für die Ehefrau um 500 Mark zu erhöhen wäre, vom Abzug der 10 Prozent Kapitalertragssteuer freizulassen?
2. die bereits erhobenen Abzüge vom Kapitalertrag den nicht mehr als daraus 1500 Mark bezw. 2000 Mark (mit Ehefrau) Einkommen beziehenden erwerbsunfähigen Kleinrentnern bezw. Kleinrentnerinnen schleunigst zurückzuerstatten?
3. die Befugnis des Herrn Reichsfinanzministers nach § 108 der Reichsabgabenordnung zum Erlaß bezw. zur Zurückerstattung unbillig eingezogener Steuern den Landesfinanzämtern zu übertragen?

*

Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege.

Der Reichstagsabgeordnete Beuermann hat gemeinsam mit anderen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet. Der Reichsverkehrsminister hat darauf geantwortet, daß diese Frage von der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen, deren Tagung für Mitte September bevorsteht, geprüft werden. Diese Kommission sei das zuständige Organ für die Fortbildung des deutschen Eisenbahnpersonen-Tarifs. Es sei deshalb angezeigt, zunächst die Entscheidung der Tarifkommission über diese Frage abzuwarten.

*

Leere Kombinationen.

In der letzten Zeit befanden sich wiederholt in der Presse Mitteilungen über weitgehende Personalveränderung innerhalb der Regierung. In einem Berliner Mittagsblatt haben sie sich am Montag zu der Meldung verdichtet, der Vizekanzler Dr. Heinze werde aus dem Kabinett ausscheiden unter gleichzeitiger Berufung auf einen diplomatischen Posten. Das Blatt behauptet weiter, dieser Wechsel stehe im Zusammenhang mit dem Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung. Demgegenüber möchten wir darauf hinweisen, daß die Auseinandersetzung über eine Erweiterung der Regierung rein theoretischer Natur sind, da die Sozialdemokratie wiederholt erklärt hat, sich an der jetzigen Koalition nicht beteiligen zu wolken, und anderseits die gegenwärtigen Regierungsparteien es ablehnen, die Wünsche der Sozialdemokratie in bezug auf eine neue Mehrheitsbildung zu erfüllen. Alle Gerüchte, die im Anschluß an diese theoretischen Erörterungen auftreten und die von einer Änderung in der Kabinettszusammensetzung wissen wollen, entbehren, soweit sie die Mitglieder der Deutschen Volkspartei betreffen, jeder Grundlage.

Siegen. Die Geschäftsstelle der D. V. P. in Siegen bittet die Vorsitzenden der Ortsgruppen und die Vertrauensmänner der einzelnen Ortschaften um Mitteilung, wann in den einzelnen Ortschaften in diesem Winter Vorträge stattfinden sollen. Besonders erwünscht wäre es, falls unsere Mitglieder Aufklärung über bestimmte Gebiete wünschen, die Art des Vortrages gleichzeitig anzugeben. Weiter sprechen wir den Wunsch aus, daß doch unsere Mitglieder bei zufälliger Anwesenheit in Siegen sich der kleinen Mühe unterziehen möchten und in der Geschäftsstelle persönlich vorzusprechen. Es läßt sich bei solchen Gelegenheiten vieles viel leichter, als auf schriftlichem Wege erledigen. Nur auf diesem Wege ist es der Geschäftsstelle möglich, sich über alle Verhältnisse in den Ortschaften zu unterrichten und so den Wünschen unsere Freunde draußen im Lande Rechnung zu tragen.

Geisweid. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Vorsitzender: Geschäftsführer Richard Winkler, Geisweid, Schriftführer: Karl Klotz, Kassenführer: Rehbock. Die regelmäßigen Zusammenkünfte finden vom Oktober bis April am 1. Montag des Monats statt. In den übrigen Monaten werden Versammlungen nach Bedürfnis einberufen.

Hilchenbach. Der Ausfall der Wahl hat gezeigt, daß sich auch im hiesigen Ort eine große Zahl von Freunden der Deutschen Volkspartei befindet, die demnächst in einer Ortsgruppe zusammengefaßt werden sollen. Die Vorarbeiten dazu sind im Gange. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Krombach. Die Freunde unserer Partei machen wir auf die am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 4½ Uhr im Hamblochschen Saale stattfindende Zusammenkunft aufmerksam. Wir bitten um recht zahlreichen Besuch, denn es ist beabsichtigt, in dieser Zusammenkunft den Vorstand der dortigen Ortsgruppe zu wählen.

Eisern. Der neugewählte Vorstand der hiesigen Ortsgruppe setzt sich aus folgenden Herren zusammen: 1. Vorsitzender: Betriebsführer Ernst Schmidt, 2. Vorsitzender: Bergassessor Hermann Willing, 1. Schriftführer: Bergmann Friedrich Lotz, 2. Schriftführer: Buchhalter Adolf Müller, Kassierer: Schreinermeister Wilhelm Danzenbecher. Die Monatsversammlungen finden jeden zweiten Mittwoch im Monat statt. Auf der letzten Monatsversammlung am 6. September wurde beschlossen, monatlich einen kleinen Beitrag einzuziehen. In der nächsten Versammlung soll die Parteiarbeit für die Wintermonate besprochen werden.

Unterwilden. Für die drei Ortschaften Unter-, Mittel- und Oberwilden fand am Dienstag, den 21. d. M. eine Versammlung in Oberwilden statt, die recht gut besucht war. Herr Geschäftsführer Nitschke aus Siegen verbreitete sich in einem einstündigen Vortrag über „Zweck und Wert der Organisation und über die Gründung und Arbeit einer Ortsgruppe." Es wurde beschlossen, eine Ortsgruppe zu gründen, der fast sämtliche Anwesende beitraten. Im Anschluß daran wurde der neue Vorstand gewählt, der demnächst bekannt gegeben wird. Es zeigte sich auch hier wieder einmal, wie erfolgreich unsere Arbeit fortschreitet, wenn sich die Mitglieder und Freunde der Partei in den Dienst der guten Sache stellen. Ihnen sei hiermit vielmals gedankt. Der neugegründeten Ortsgruppe selbst wünschen wir weitere Erfolge bei ihrer Arbeit.

Neunkirchen. Die Ortsgruppe Neunkirchen veranstaltet an Montag, den 27. d. M., abends 8 Uhr bei Thielmann eine Zusammenkunft aller Mitglieder aus Neunkirchen und den angeschlossenen Ortschaften Salchendorf, Zeppenfeld, Wiederstein, Altenseelbach und Struthütten. An diesem Tage soll der Vorstand der Ortsgruppe gewählt werden und im Anschluß daran spricht Herr Nitschke aus Siegen über „die Winterarbeit in der Ortsgruppe." Wir bitten all unsere Mitglieder, doch bestimmt an diesem Tage zu erscheinen.

Betzdorf. Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 Uhr fand im Breidenbacher Hof eine Mitgliederversammlung statt, zu der Herr Geschäftsführer Nitschke auf Einladung der dortigen Ortsgruppe erschienen war und einen Vortrag hielt. In der daran sich anschließenden Aussprache über die Wahlen, Wahlerfahrung, Wahlergebnisse im Kreis und im Reich, Regierungsbildung, Mitarbeit der Deutschen Volkspartei innerhalb der Regierung, Spa, Abbau der Zwangswirtschaft, Stellung der Sozialdemokratie zur heutigen Regierung fand ein reger Gedankenaustausch statt, der wohl allen Anwesenden zeigte, wie interessant, aber auch wie notwendig solche Aussprachen sind und wie dringend erforderlich es ist, unsern Mitgliedern in monatlichen Versammlungen die Gelegenheit dazu zu bieten. In der Mitgliederversammlung des nächsten Monats beabsichtigt Herr Nitschke über die verschiedenen Tagungen der Partei (Arbeitsgemeinschaft in Düsseldorf, Zentralvorstandssitzung in Hannover, vielleicht auch über den demnächst stattfindenden Parteitag in Nürnberg) eingehend zu berichten und so unsere Mitglieder auf dem Laufenden zu halten. Wir machen unsere Mitglieder schon heute darauf aufmerksam und schließen daran die Bitte, recht zahlreich zu erscheinen.

*

Bei Hurnsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/7, sämtlich in Siegen.

Auto-Fahrten

übernimmt billigst

J. Blecker, Siegen, Sandstr. 81.

Telephon 492 und 1566. [45

Körper und Nerven

stärken Sie
durch den **regelmäßigen** Gebrauch
von
Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung

Kraft



Ärztlich empfohlen.
Zu haben in Schachteln zu 5 und 10 Mark in Apotheken u. Drogerien, wo nicht, wende man sich an
Trocknungswerke Oetker & Co. G.m.b.H.
Bielefeld.

Emil Neumann

Löhrstrasse 21

Einrahmung und Kunsthandel

Ständiges Lager in
gerahmten und ungerahmten
Bildern u. Bilderleisten.

Sämtliche Reparaturen
an
Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen**
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. [328

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

„Deutsche, kauft nur deutsche Kassen."

Registrier- und Kontrollkassen
Spezialhaus

Overmann & Schürmann

General-Vertreter der Anker-Werke A.-G., Bielefeld
Muster-Ausstellung:
DUSSELDORF
Graf Adolf-Straße 41.
†473] Fernsprecher Nr. 1921.

Habe noch za.

100 Zentner Futtermehl

(garantiert **reines Hafer-** u. **Bohnenmehl**, gemischt), im ganzen abzugeben, **per Ztr. 150 Mark** freibleibend.
Füllsäcke vorher einsenden.
†312] **Eduard Jürgens,**
Finnentrop (Westf.).

Za. 50 qm [†59

Dachziegel oder Blech

zu kaufen gesucht. Daselbst zu verkaufen
1 Gaggenauer Dampfsparmotor
betriebsfähig, evtl. auch als Schrott, ebenso verschiedene **Vorgelege** mit Lager und Riemen, **1 Treppe**, 16 Stufen, 20 cm Steigung, 20 cm Auftritt.
Hermann Bensberg,
Müsen.

Dampfmaschine

6 PS., dazu **Kessel** mit 8 □-Metern Heizfläche, mit allem Zubehör, wie neu, zu verkaufen.
W. Neuhaus,
Bad Homburg vor der Höhe, Niederstedterweg. [†460

Eichenlohe

z. gut. Preise fortl. z. kauf ges. Schriftl. Angeb. u. D. S. 361 an die Geschst. d. Ztg. [361



DRUCKARBEITEN
ALLER ART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT
BUCHDRUCKEREI
G. STEINHAUS, SIEGEN
FERNRUF 472 — KÖLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE

Wennemar Gatermann,

Koblenzer Str. 6 **Siegen i. W.** Koblenzer Str. 6.

In erstklassiger Friedensqualität
liefere ich
sämtliche Lacke, Farben, Oele und Leinölkitt
für Handel, Industrie und Gewerbe.

Ernst Giebeler
Siegen
Bergwerks-Effekten
empfiehlt sich zur Ausführung von **Aufträgen** in
Kohlen- u. Kali-Kuxen, Aktien u. Obligationen
an den Industriebörsen in **Essen** und **Düsseldorf**
Telephon Nr. 38, 1398 u. 1536.
Telegrammadresse: Bergwerke. (97

Spiral-Bohrer

Jung & Mittendorf,
Siegen, Marburger Tor.
Telephon 1255. Tel.-Adr.: „Hüttenbedarf".

Leinölfirnis **Ölbleiweiß**
Terpentin **Siccative**

Schoeler & Co.

Siegen
am Güterbahnhof

Bernsteinlacke **Kopallacke**

Industrie-Speisekartoffeln

per Ztr. **34 M.**, jedes Quantum, jedoch nicht unter 1 Ztr., hat ab Lager abzugeben [†607
Heinr. Schneider, Großhandlung, **Weidenau.**
Fernsprecher 1465.